



Milsz Klinowski/Unsplash

# DER DAVOSER KÖNIG DES „BLUEWASHING“

## Vom Bedeutungsverlust des Weltwirtschaftsforums

Vordergründig erlitt das Weltwirtschaftsforum durch die Coronakrise zwar einen Bedeutungsverlust. Hinter den Kulissen hat sich dessen deutscher Gründer Klaus Schwab durch Kooperationsverträge aber direkten Zugang zum UNO-System verschafft. Erste Spuren dieser neuen Stufe der „Corporate Capture“ zeigen sich in der Kommerzialisierung des kommenden Welternährungsgipfels. Zugleich formiert sich aber zivilgesellschaftlicher Widerstand.

**S**tell dir vor, es ist World Economic Forum (WEF) und keiner kriegt's mit: So etwa lässt sich das zusammenfassen, was mit „Davos-Agenda“ überschrieben war und in der letzten Januarwoche stattfand. Allerdings nicht, wie seit 1971 üblich, im (dank WEF) berühmt-berüchtigten Bündner Bergort, sondern wegen des Covid-19-Virus nur im Internet. Weshalb die rund 300 virtuellen Veranstaltungen trotz Auftritten von Chinas Machthaber Xi Jinping, Angela Merkel oder EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen von Medien und Öffentlichkeit fast völlig ignoriert wurden. Dabei ist Nichtbeachtung die Höchststrafe für den Gründer des traditionellen Elitetreffens und seine inzwischen 700 Angestellte zählende Institution.

Wohl auch um dieses Aufmerksamkeitsdefizit wettzumachen, hat Klaus Schwab in den letzten Monaten so viele Interviews gegeben und Bücher publiziert wie schon lange nicht mehr. Während seine Programmschrift „Stakeholder Capitalism“ kaum Resonanz fand, ist ihm das mit „The Great Reset“ doch gelungen. Beachtung erregte das Buch allerdings nicht wegen seines Inhalts und auch nicht beim anvisierten Zielpublikum aus Wirtschaft und Politik. Für Aufbruch gesorgt hat es bei den immer zahlreicheren VerschwörungstheoretikerInnen dieser Welt. Sie sahen darin den Beleg für die dunklen Absichten des „Davoser Kartells“, auf Kosten der übrigen 99 % das System in ihrem Sinne neu zu starten. Übersetzt heißt der Buchtitel nämlich „Der große Neustart“. Medien weltweit berichteten von Demonstrationen, auf denen Schwabs Pläne und Vorschläge als elitärer Anschlag auf die Freiheit der Menschen interpretiert wurden.

### Eine strategische Allianz mit Signalwirkung ...

Der Vorwurf könnte zwar absurder nicht sein. Tröstlich für Schwab ist aber, dass diese Kreise offenbar glauben, er und sein WEF hätten tatsächlich Einfluss aufs Weltgeschehen – wenn auch den genau gegenteiligen zum offiziellen WEF-Motto „for the improvement of the world“ (für die Verbesserung der Welt). Worüber die Medien hingegen nicht berichtet haben, ist das große Geschenk, dass Schwab seinem WEF zu dessen 50. Geburtstag gemacht hat. Und das das Zeug zum Game Changer im globalen Machtkampf zwischen Politik und Wirtschaft hat. Am 13. Juni 2019 unterzeichneten das WEF und die UNO ein „Strategic Partnership Framework“, das die Legitimität und Autorität der – dank Trump und Konsorten – sowieso schon angeschlagenen Weltbehörde weiter aushöhlt und den durchs WEF vertretenen Konzernen direkten Zugang zu vielen relevanten Gremien und Programmen gewährt.

Fast so skandalös wie dieser Coup eines exklusiven Privatklubs gegen den staatlichen Multilateralismus ist die Tatsache, dass er im Grunde unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden konnte: Bis heute analysierte kein relevantes Medium den Inhalt und die Konsequenzen eines Dokuments, das nicht zufällig nur auf der WEF-Website auffindbar ist. Bei der UNO löste das vierseitige „Memorandum of Understanding“ offenbar so viel Unbehagen aus, dass die Pressestelle lediglich ein eher peinliches Foto der Unterzeichnungszeremonie in New York publizierte.

### ... und unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Die vierte Macht hat hier einen historischen Meilenstein in der grassierenden „Corporate Capture“ verschlafen, also des systematischen Übergriffs wirtschaftlicher Akteure auf politische Institutionen, die immer skurrilere Blüten treibt. Bei dieser Machtverschiebung war Schwab immer schon eine treibende Kraft. Den Grundstein des aktuellen Agreements legte sein WEF denn auch schon vor zehn Jahren mit der „Global Redesign Initiative“. Auf 600 Seiten wird darin ein neues Governance-Modell entworfen, das auf sogenannten Multistakeholderprozessen beruht, sich dabei nicht um demokratische Legitimation schert und bei denen Unternehmen eine (wenn nicht sogar die) entscheidende Rolle spielen. Das damals skizzierte Schreckgespenst einer „public-private“ UNO droht mit dem vorliegenden Kooperationsvertrag, der vom Klimawandel über Digitalisierung bis zu Gesundheit und Gleichberechtigung die gesamte gesellschaftspolitische Agenda umfasst, nun schrittweise Realität zu werden.

Public Eye kritisierte das „Bluwashing“ von Konzernen durch die Staatengemeinschaft erstmals anlässlich des – natürlich in Davos und vom damaligen UNO-Generalsekretär Kofi Annan verkündeten – „Global Compact“. Dieser Papiertiger dient multinationalen Unternehmen bis heute als Feigenblatt und hat der Glaubwürdigkeit der Weltorganisation mit dem blauen Logo massiv geschadet. Deshalb haben hunderte NGOs, darunter auch Public Eye, vor Jahresfrist einen Protestbrief an António Guterres geschrieben. Darin wird der amtierende UNO-Chef aufgefordert, die fatale Allianz „mit jenen Akteuren, deren Aktivitäten die existentielle Krise unseres Planeten verschärft oder gar mit verursacht haben“, sofort und bedingungslos aufzukündigen.

### Das „Bluwashing“ zeitigt erste konkrete Folgen

Welche Konsequenzen das Partnerschaftsabkommen hat, zeigt etwa der vierte große Welternährungsgipfel, der dieses Jahr in New York stattfinden soll. Dieser „World Food Systems Summit“ soll laut UNO nicht weniger als ein „catalytic moment“ werden für eine „weltweite gesellschaftliche Mobilisierung“ und für „messbare Verpflichtungen“,

# »» Statt Hinterzimmer-Deals braucht es echte demokratische Debatten, die Ernährungssouveränität und agrarökologische Bottom-Up-Lösungen ins Zentrum stellen.

um in „integrative, klimaangepasste und resiliente Ernährungssysteme zu investieren und nachhaltigen Frieden zu unterstützen“. Was imposant tönt, steht aber unter bedenklichen Vorzeichen. Denn die Handschrift des WEF, das den Gipfel gemeinsam mit der UNO ausrichtet, zeigt sich schon jetzt. So firmieren in einer „Concept Note“ von 2019, neben UNO-Gremien und – natürlich – dem WEF, nur „politische Entscheidungsträger, Investoren, Medienvertreter und Wissenschaftlerinnen“ als relevante Interessensgruppen. Indigene Völker, Kleinbauern oder NGOs sucht man hingegen vergeblich.

Die Lebensmittelproduzenten werden unter den Investoren aufgeführt – eine Klassifizierung, die sie im Vorhinein auf ihre Investitionen (etwa in Produktionsmittel) reduziert und die vielfältigen, sozialen, ökologischen und kulturellen Funktionen der Landwirtschaft ignoriert. Diese kommerziell eingeeengte Sichtweise auf Stakeholder ist ein riesiger Rückschritt, hatten sich die letzten Welternährungsgipfel doch durch eine starke Beteiligung von Kleinbauern und Zivilgesellschaft ausgezeichnet. In den neuen Konzepten und Vorschauen bleiben die Interessen von NGOs, indigenen Gemeinschaften und vor allem der 800 Millionen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, welche (mit 80 % aller Lebensmittel) de facto die Welt ernähren, aber völlig unberücksichtigt. Werden diese Stimmen ignoriert, droht der Gipfel wirtschaftsgetriebene Top-Down-Lösungen zu produzieren, die einseitig auf marktfähige Technologien setzen.

## Ex-Sonderberichterstatter fordert Reset der UNO

Diese Sorge teilt auch der ehemalige UNO-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung Olivier De Schutter. Es entstehe der Eindruck, dass das „eigentliche Ziel des Gipfels“ darin bestehe, einen „neuen Konsens zu fabrizieren, um unternehmerische Lösungen in den Vordergrund zu rücken“, schrieb er kürzlich in einem Meinungsbeitrag. Die UNO müsse dringend den Reset-Knopf drücken, fordert De Schutter. Statt Hinterzimmer-Deals brauche es echte demokratische Debatten, die Ernährungssouveränität und agrarökologische Bottom-Up-Lösungen ins Zentrum stellen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass durch die Coro-

nakrise eine weltweite Ernährungskrise droht, die den Zugang vieler Menschen zu erschwinglichen und nahrhaften Lebensmitteln jetzt schon stark beeinträchtigt.

Wachsender Widerstand gegen die systematische Unterwanderung politischer Institutionen durch Konzerninteressen, wie sie das WEF vertritt, kommt auch aus der Zivilgesellschaft. So versammelten sich während der „Davos-Agenda“ Ende Januar ein paar Dutzend namhafter NGOs zu einer virtuellen Gegenveranstaltung. In dem vom Transnational Institute organisierten Webinar ging es um „The Davos Class and the Corporate Capture of Global Governance“. Im Zentrum der Kritik stand dabei das von Schwab seit Jahrzehnten vertretene Konzept eines „Multi-stakeholderism“, der den Primat der Wirtschaft über die Politik systematisch weiter vorantreibt – auf nationalem wie globalem Niveau. Wenn es also einen Reset braucht, dann sicher nicht den von Schwab gewünschten, sondern jenen, den De Schutter und die Zivilgesellschaft von der UNO und anderen demokratisch legitimierten Akteuren fordern.



Oliver Classen

Der Autor ist Mediensprecher der Schweizer Menschenrechtsorganisation Public Eye und hat zusammen mit Greenpeace viele Jahre deren Gegengipfel zum WEF koordiniert, das konzernkritische „Public Eye on Davos“.



# RUNDBRIEF



Forum Umwelt und Entwicklung

1/2021

## GLOBALISIERUNG '21 NEUE REZEPTUR, ALTE PROBLEME

### VERHANDLUNGEN IN ALLER STILLE

Globale Umweltdiplomatie  
in Zeiten der Pandemie

› Seite 25

### G7 UND G20 2021

Die Clubs der Reichen  
und der Großen zwischen  
Anspruch und Realität

› Seite 22

### BREXIT-DEAL

Demokratische Kontrolle  
bleibt auf der Strecke

› Seite 9

### KLIMANEUTRALES EUROPA

Was kann ein Kohlenstoff-  
grenzausgleich leisten?

› Seite 13

ISSN 1864-0982